

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1910

15.1.1910 (No. 14)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 15. Januar

№ 14

Expedition: Karl Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprechanschluß Nr. 154), woselbst auch Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1910

Die Ausrüstung mit Maschinengewehren.

Die Erkenntnis von dem hohen militärischen Wert der Maschinengewehre hat seit dem russisch-japanischen Kriege dazu geführt, daß alle Armeen nach und nach Maschinengewehrformationen aufgestellt haben und sie sowohl der Infanterie wie der Kavallerie zur Unterstützung zuweisen. Als Hilfswaffe der Artillerie wurden Maschinengewehre versuchsweise bisher nur in Frankreich beigegeben und sollen die Resultate während der letzten Herbstmanöver so günstig ausgefallen sein, daß die Absicht besteht, die Versuche in diesem Jahre zu erweitern, um zu sehen, ob Maschinengewehre nicht dauernd als Bedeckung der Artillerie zu verwenden sind, was gleichbedeutend wäre mit einer nicht unwesentlichen Entlastung der Infanterie und Kavallerie, die jetzt in der Schlacht den Schutz der Artillerie zu übernehmen haben und durch diese fortwährenden Abgaben in der eigenen Gefechtskraft naturgemäß geschädigt werden. Die französische Armee ist überhaupt diejenige, die sich auf dem Gebiete der Maschinengewehrfrage schon seit langer Zeit außerordentlich eifrig betätigt und durch Vermehrung, Verbesserung und Versuche aller Art die Bedeutung dieser Waffe zu steigern sucht. Das geht nicht nur daraus hervor, daß mit dem Erlaß des Schießgesetzes, erst durch das Futeaumodell und neuerdings durch die Konstruktion in St. Etienne eine immer vollkommene Waffe geschaffen wurde, sondern auch daraus, daß erst in diesen Tagen durch die in die Wege geleitete Vermehrung der jetzt vorhandenen drei Maschinengewehrtrüge zu je zwei Gewehren pro Infanterieregiment um einen vierten Zug der Stamm für die Ausrüstung mit Maschinengewehren für die Reserveeregimenter gebildet worden ist. Nach Durchführung des jetzt in Beratung stehenden neuen Kaderegesezes, durch das die Zahl der Infanterieregimenter auf 173 gebracht werden soll, wird darnach allein die französische Infanterie im Frieden mit 1384 Maschinengewehren bewaffnet sein. Auch für die reichlichere Ausstattung der Kavalleriedivisionen mit Maschinengewehren wird jetzt in der französischen Presse Stimmung gemacht mit der Begründung, daß dadurch die Selbständigkeit der weiter vorgeschobenen Kavalleriemassen wesentlich gefördert werde. Nicht befriedigt scheinen die Franzosen von den auf Tragtieren verladenen Maschinengewehren, wie sie den Kavalleriedivisionen beigegeben sind. Die zweckmäßigste Transportweise der Maschinengewehre ist übrigens allerorts und nicht nur in Frankreich schon seit langer Zeit Gegenstand der Diskussion. Die deutsche Kavallerie ist ja bekanntlich die einzige, die sowohl der Kavallerie wie der Infanterie fahrbare Maschinengewehre zugeteilt hat, wobei der Unterschied darin besteht, daß erstere mit vier Pferden bespannt sind und berittene Bedienungsmannschaft haben, während letztere auf zweispännigen Fahrzeugen verladen sind, die vom Bod aus gefahren werden, mit der Bedienung zu Fuß. Fast alle anderen Heere führen die Maschinengewehre auf Tragtiere mit sich, nur die Franzosen haben daneben auch noch bespannte Gewehre, die die Infanterie und Jäger begleiten. Nur will man in Frankreich gelegentlich der Übungen der Kavalleriedivisionen die Beobachtung gemacht haben, daß die Maschinengewehre auf Packpferden den Bewegungen der Kavallerie nicht überallhin schnell genug zu folgen vermöchten und meint, daß, wenn auch das ungeeignete Pferdmaterial mit Schuld an dieser mangelhaften Leistungsfähigkeit trage, doch wohl das fahrbare Maschinengewehr die empfehlenswertere Transportweise auch für die der Kavallerie beigegebenen Maschinengewehre sei. In der Schweiz und in Japan z. B. hält man dagegen an der Beförderungsart auf Pferden für die Maschinengewehre aller Waffen fest und bleibt dabei, daß nur so in jedem Gelände auf die rechtzeitige Unterstützung der Gewehre zu rechnen sei. Die Japaner stützten sich bei dieser Anordnung auf die Erfahrungen des mandchurischen Krieges, der den Vorzug der tragbaren Maschinengewehre vor den fahrbaren erwiesen habe. Es darf jedoch hierbei nicht außer Acht gelassen werden, daß sowohl die schweizerische wie die japanische Kavallerie die schwächsten Teile ihrer resp. Heereseinrichtungen ausmachen, der Kavalleriedivisionsverband dort überhaupt nicht existiert und deshalb die Frage der vorzuziehenden Transportweise der Maschinengewehre für die Kavallerie nicht von solcher Bedeutung ist wie anderswo. Ebenfalls aus Frankreich kam in diesen Tagen die Nachricht, der bekannte Aviatiker Ratham sei auf dem Lager-

felde von Châlons mit seinem Antoinette-Eindecker, auf dem ein Maschinengewehr mitgenommen war, aufgestiegen, um im Einvernehmen mit dem Kriegsministerium während eines Fluges Schießversuche anzustellen. Die Mitteilung fand allgemeinen Glauben, weil General Brun im Ministerrat kürzlich eine Erklärung zugunsten der Aeroplane abgegeben und hinzugefügt hatte, daß die militärische Verwendbarkeit der Flugapparate vor allen Dingen durch die Mitnahme von Maschinengewehren oder kleineren Geschützen gesteigert werden müsse. Von der Lösung dieses äußerst schwierigen Problems sind aber die Franzosen doch noch weit entfernt, denn nach zuverlässiger Information ist der vorerwähnte Versuch Rathams nicht geglückt, vielmehr wurde durch Proben am Erdboden festgestellt, daß die Flugmaschine vor Erschütterung zertrümmert worden wäre, wenn in den Lüften mit dem Maschinengewehr geschossen worden wäre. Auf der andern Seite war aber auch noch berichtet worden, daß Maschinengewehre mit großem Nutzen zur Beschießung lenkbarer Luftschiffe verwendet werden könnten, nachdem Schießversuche zu günstigen Ergebnissen geführt hätten. In Wirklichkeit liegen aber die Tatsachen gerade umgekehrt. Auf Grund der bis jetzt, allerdings noch nicht sehr zahlreich angestellten praktischen Schießproben ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß Maschinengewehre einem Luftschiff ebensowenig Schaden tut wie Infanteriegewehrfeuer, da die Geschosse zu klein sind und demgemäß an der Ballonhülle nur geringfügige Zerreißungen verursachen. Steht also die praktische Brauchbarkeit der Maschinengewehre in dieser Hinsicht noch aus, so findet im übrigen das Maschinengewehr, wie schon eingangs gesagt, im Truppengebrauch bei allen Heeren weitgehende Verwendung, die durch reglementarische Bestimmungen genau begrenzt und vorgeschrieben ist. Im letzten Jahre hat namentlich bei der österreichisch-ungarischen Armee der Ausbau der Maschinengewehrformationen Fortschritte gemacht, so daß jetzt nicht nur alle Infanterietruppen einschließlich der Kavalleriedivisionen, sondern auch die Mehrzahl der Landwehregimenter mit dieser Waffe ausgerüstet sind. Eine beachtenswerte Neuerung steht hier gegenwärtig in der Erprobung, nämlich, für den Gebirgskrieg im Winter Maschinengewehre auf Schlitten zu verladen und diese den mit Skis ausgerüsteten Detachements zuzuteilen. Die bis jetzt über diese Versuche eingelaufenen Nachrichten lauten durchaus günstig und lassen vermuten, daß sie von praktischem Werte sind. Als Maschinengewehr ist bei der österreichisch-ungarischen Armee das System Schwarzlose eingeführt, das sich gut bewähren soll.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Berlin, 13. Januar.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Der Abg. Schrader hat aus meinen gestrigen Ausführungen unrichtige Schlüsse gezogen. Ich habe gestern in tatsächlicher Beziehung festgestellt, daß 15 Beamte verfeßt worden sind, nachdem sie in der Hauptwahl und dann in der Stichwahl für großpolnische Kandidaten gestimmt hatten, obwohl sie inzwischen darüber belehrt worden waren, daß diese Kandidaten großpolnische Bestrebungen unterstützen, und daß sie zu wählen mit der Pflicht eines Beamten unvereinbar sei. Es ist mit den Interessen des Dienstes unvereinbar, daß ein Beamter an einem Orte wirkt, wo er im Gegensatz steht mit der nationalen Auffassung. (Hört, hört!) Weder das Reich, noch ein Einzelstaat kennt eine fest umschriebene Definition des Beamtenbegriffes. Es gibt nur vereinzelte Bestimmungen. Aber die staatsrechtliche Theorie sagt klar und deutlich, daß der Beamte in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis oder in einem Gewaltverhältnis zum Staate steht, und daß er demzufolge, da der Staat selbst nicht sprechen und handeln kann, in dasselbe Verhältnis zu den Vertretern des Staates, den staatlichen Organen tritt. (Gelächter und Unruhe im Zentrum und links; Zustimmung rechts.) In dem Erlaß Kaiser Wilhelms I. hat man sich darauf beschränkt, die Forderung auszusprechen, daß die politischen Beamten sich in die Unterstützung der Politik der Regierung zu fügen haben. Wenn wir jetzt weiter gegangen sind, so ist das nicht mit leichtem Herzen geschehen. (Hört, hört!) Ich habe ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese ausnahmsweise Behandlung des

Rattowitzer Falles anzusehen ist als ein Akt nationaler Notwehr (Guhul bei den Polen) für diesen speziellen Fall. Irgendwelche Grundsätze allgemeiner Art haben wir nicht aufgestellt. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Kolbe (Reichsp.): Den Beamten hat es vollkommen freigestanden, irgendwelche katholische Kandidaten zu wählen. Von diesen polnischen Kandidaten mußte aber jedes Kind, daß sie Anhänger des Sokols und des Straz sind. Diese besonderen Verhältnisse in der Ostmark machen es bedauerlich, daß deutsche Männer in unabhängiger Stellung sich erst durch ihre Vorgesetzten über ihre nationale Pflicht belehren lassen mußten. Solche Leute sind nicht geeignet, an ihrem bisherigen Plage weiterzuwirken. Sie mußten deshalb verfeßt werden. Wer die Ostmarkenverhältnisse kennt, billigt das Verhalten der Regierung. (Beifall.)

Abg. v. Dziembowski (Pole): Es ist festzustellen, daß die Antwort des Staatssekretärs wegen der Beamtenmaßregelung nicht befriedigt. Die Mehrheit des Reichstages verdammt diese Maßregelung. Die Regierung soll gewiß eine feste Hand haben, aber auch gegen die Sokalisten. Der Zustand Polens war bei der Teilung nicht so schlecht, daß die Polen der preussischen Verwaltung besonders dankbar sein müßten, besonders nach ihren letzten Erfahrungen. Die Polen verteidigen sich lediglich gegen die Bestrebungen des Ostmarkenvereins und seinen Einfluß auf die Regierungspolitik. Wir führen gegenwärtig den Kampf und nur in der Hoffnung auf einen ernstlichen, ehrlichen und ehrenvollen Frieden. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Rattmann (Wirtsch. Bgg.): Die Deutschen sollten so viel Nationalgefühl haben, wie die Polen. Die politische Betätigung der Beamten ist zweifellos durch ihre Stellung zum Staate beschränkt. Auch Bismarck würde heute angesichts der polnischen Bestrebungen so denken. Der Staat hat zweifellos das Recht, in solchen Fällen einzuschreiten. (Beifall.)

Abg. Doormann-Königshütte (fr. Bp.): In Rattowitz waren die Polen die Angreifer. Die obererschlesischen Liberalen sind keineswegs Sokalisten, wenn auch nicht Schleppenträger der Polen. (Sehr gut!) Vom liberalen Standpunkte aus bedauern wir die Art des Einschreitens der Regierung. Das Eingreifen der Regierung änderte nichts an den bestehenden Verhältnissen und war deshalb auch unnötig. Die Agitation Korsantys und seiner Freunde kann zu nichts Gutem führen.

Damit schließt die Besprechung. Das Haus geht hierauf zur ersten Beratung der Entwürfe eines Gesetzes betreffend Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozessordnung über.

Staatssekretär des Reichsjustizamtes Dr. Lisco begründet die Vorlage. Er geht auf die einzelnen Teile der Vorlagen ein, weist auf die Hinzuziehung des Laienelementes für Rechtsprechung, auf das Zeugnisverweigerungsrecht der Presse und auf das besondere Verfahren gegen Jugendliche hin. Die öffentliche Kritik habe neben Anerkennung der Entwürfe auch Wünsche und Bedenken geäußert, die in eingehender Verhandlung im Plenum und in der Kommission zu würdigen sein werden.

Darauf wird die Weiterberatung auf Freitag, 1 Uhr, vertagt. — Schluß 5¼ Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

Berlin, 14. Januar.

Vizepräsident Dr. Spahn eröffnet die Sitzung um 1¼ Uhr.

Einem schleunigen Antrage der Sozialdemokraten auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Albrecht wird entsprochen.

Darauf wird die 1. Beratung der Justiznovelle fortgesetzt.

Abg. Dr. Wagner-Sachsen (kons.): Wir begrüßen den neuen Staatssekretär, dem es vergönnt ist, das große Werk zu vollenden und dadurch den jahrzehntelangen Wünschen des gesamten Volkes zu entsprechen. Die Vorlage habe den großen Vorteil, daß sie im Gegensatz zu anderen Gesetzen in sprachlicher Hinsicht geradezu ein Muster ist. Die Erweiterung der Teilnahme des Laienelementes in der Rechtsprechung begrüßen wir lebhaft. Im Vorverfahren seien gewisse Erleichterungen erwünscht. Meine Freunde werden mit allen Kräften mitarbeiten, damit der Entwurf so rasch wie möglich verabschiedet und schon im nächsten Jahre Gesetz wird. Ich

beantrage Verweisung an eine Kommission von 28 Mitgliedern.
Abg. Heinze (natl.): Es besteht tatsächlich eine Unzufriedenheit gegen unsere heutigen strafrechtlichen Einrichtungen. Mit den Hauptlinien der Vorlage sind wir einverstanden. Man soll aber nicht den Zusammenhang dieser Dinge mit dem gesamten öffentlichen Recht vergessen, damit gute Arbeit geschaffen wird. (Beifall.)

* Berlin, 14. Januar. In der Subdelegation des Reichstags sprach sich heute bei der fortgesetzten Beratung des Nachtrags-etats für Südwestafrika Staatssekretär Dernburg gegen den Zentrumsantrag aus, durch Staatsvermerk festzulegen, daß Bergwerksbesonderbestimmungen und Landkonzessionen vor der Verleihung dem Bundesrat und dem Reichstag zur Genehmigung vorzulegen seien. Dies sei praktisch nicht durchführbar und dadurch würde die auf dem Schutzgebietsgesetz beruhende Verordnungsgewalt des Kaisers aufgehoben, was nicht zulässig sei. Abg. Freiherr v. Nitzsch (kon.) dankte dem Staatssekretär für sein Geschick in der Diamantenfrage. Abg. Arning (natl.) schloß sich dem Vorredner an, worauf Abg. Erzberger (Zentr.) seinen Antrag zurückzog. Darauf wurden die Einnahmen des Nachtrags-etats bewilligt. Nächste Sitzung Dienstag.

Der Briefwechsel zwischen Graf Wedel und dem Bischof von Straßburg.

(Telegramme.)

* Straßburg, 14. Jan. Die amtliche „Straßburger Korrespondenz“ veröffentlicht heute den Briefwechsel zwischen dem kaiserlichen Statthalter Grafen v. Wedel und dem Straßburger Bischof Dr. Frisen, im Wortlaut. In der am 12. Januar ergangenen Replik des kaiserlichen Statthalters auf das Schreiben vom 10. Januar äußert sich der Statthalter: Mit Eurer Gnaden bin ich durchaus der Ansicht, daß etwaige gegensätzliche Auffassungen auf staatlicher und kirchlicher Seite durch beiderseitigen guten Willen und freundliches Entgegenkommen in den einzelnen Fällen auf eine beide Teile zufriedenstellende Weise gelöst werden können. Die Regierung wird dazu stets gerne die Hand bieten. An ihrem oben erwähnten Schreiben entwickelten, auf die Gesetze und das Staatskirchenrecht gestützten Standpunkt aber muß die Regierung nicht nur unbedingt festhalten, sondern wird denselben gegebenenfalls auch mit aller Entschiedenheit verteidigen. Ich vermag daher auch nach wie vor nicht anzuerkennen, daß Eurer Gnaden Rundgebung an die katholischen Lehrer in einer Angelegenheit, welche die Berufstätigkeit und die Standesinteressen betrifft, die zwischen staatlicher und kirchlicher Gewalt gesetzlich gezogenen Grenzen gewahrt hat.

* Berlin, 14. Jan. Nach der „Post“ trifft die Meldung, daß die elsass-lothringische Regierung über den Kompetenzkonflikt mit den Bischöfen nach Berlin eingereicht wurden, nicht zu; der Statthalter Graf v. Wedel weilt in diesen Tagen in Berlin und hat dort Gelegenheit, die Frage persönlich zu erörtern.

Die Wahlen in England.

Am 10. Januar erfolgte die Unterzeichnung der königlichen Proklamation, welche die Auflösung des Parlaments verfügt, den Wunsch und Beschluß der Krone erklärt, „sobald als möglich mit dem Volk zusammenzukommen und seinen parlamentarischen Rat zu erhalten“, den Auftrag zur Einberufung eines neuen Parlaments erteilt, den 15. Februar als Datum für das Zusammenkommen des neuen Parlaments angibt. Im Anschluß an die Proklamation wird sofort die Anordnung zur Ausschreibung und Vornahme der Wahlen erlassen. Innerhalb vier Tagen (in den Grafschaften innerhalb neun Tagen) nach Erhalt des Wahlauftrages hat die Wahl zu erfolgen. Die Wahl besteht zunächst in der schriftlichen „Nominierung“ der Kandidaten durch zehn Wähler; werden nur so viele Kandidaten nominiert, als Mandate zu vergeben sind, dann ist für den betreffenden Wahlkreis die Wahl mit der Nominierung beendet. Der nominierte Kandidat ist Abgeordneter geworden. Soweit die Absichten der Partei bekannt sind, ist vorläufig nur Hr. Joseph Chamberlain definitiv ohne Gegenkandidaten und wird daher ohne eigentlichen Wahlgang gewählt werden. In allen anderen Fällen werden in den einzelnen Wahlkreisen mehr Kandidaten, als Mandate frei sind, nominiert werden und wird daher auf die Nominierung die wirkliche Stimmabgabe der Wähler („polling“) folgen; in den Städten nach spätestens drei Tagen, in den Grafschaften in frühestens zwei und spätestens sechs Tagen. Die ersten Wahlen, das heißt Nominierungen, erfolgen heute, Freitag, die ersten Wahlgänge Samstag. Morgen, Samstag den 15. d., beginnen somit die Wahlen im kontinentalen Sinne. 78 Mandate, mehr als ein Zehntel der gesamten Mandatszahl, werden zu vergeben sein, darunter 14 Mandate von London.

Das Wahlrecht ist in England weder ein allgemeines noch ein gleiches, es ist in verschiedener Form an den Besitz gebunden. Ererbtes Gut berechtigt in den Grafschaften bereits mit dem Jahresertrag von 40 Schillingen zur Wahl, der Besitzer nicht erbter Güter muß 5 Pfund Jahresertrag aufweisen, um wählen zu können. In Ir-

land und Schottland ist der Zensus etwas niedriger. Wahlberechtigt sind außerdem Bewohner und Inhaber (Mieter) von Land und Geschäftsräumen mit mindestens 10 Pfund Jahreswert, von Wohnhäusern, selbständigen Wohnungen in einem Hauskomplex oder Dienstwohnungen, sowie Mieter, die mindestens 10 Pfund jährliche Miete für die unmobilierte Wohnung zahlen. Die Eintragung der nichtgrundbesitzenden Wähler in das Wahlregister bringt mancherlei Umstände mit sich, die erschwerend, besonders für die fluktuierenden Klassen der Bevölkerung wirken. So kommt es, daß gerade die arbeitende Bevölkerung, obwohl das Wahlalter auf 21 Jahre festgesetzt ist, zum großen Teil kein Wahlrecht hat. Die Zahl der eingeschriebenen Wähler betrug vor fünf Jahren im ganzen Reich 7,2 Millionen. Mehr als 160 000 Wähler haben mehr als eine Stimme. Da das Wahlrecht in weitgehendem Maße ein reales, an Grundbesitz, Häuser und Mietwohnungen geknüpft ist, kann der Wähler in jedem Wahlkreise eine Stimme abgeben, wo diese Vorbedingungen für ein solches Wahlrecht vorhanden sind.

Aus Stimmungs-rücksichten zeigt naturgemäß jede Partei größte Siegesübersticht, wenn auch tatsächlich noch völlige Unsicherheit über den Ausgang herrscht und wohl die Führer der Parteien selbst sich auf Überraschungen gefaßt machen. Selbstverständlich hat bei dieser Lage jede der beiden Parteien ihr Programm fertig, um im Falle, daß sie die Majorität erringt, sofort ein liberales oder unionistisches Budget, die größte Notwendigkeit zurzeit, auf die Tagesordnung setzen zu können. Hr. Gewin, der Sekretär der Tarifkommission, hat einem Pressevertreter gegenüber erklärt, daß ein unionistisches Budget fix und fertig vorliegt. Natürlich ist es auf den Linien der Tarifreform aufgebaut und stellt sich das übertriebene hohe Ziel, das jährliche Einkommen des Landes um 17 000 000 bis 20 000 000 Pfund Sterling zu erhöhen.

In den Schemata, die in den Berichten der Tarifkommission veröffentlicht worden sind, ist ausgeführt worden, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten durch folgende Maßregeln überwunden werden können, und zwar 1. einen allgemeinen Tarif, der in einer niedrigen Zollskala für solche fremde Länder, die britische Waren zu fairen Bedingungen aufnehmen, bestünde; 2. einen Vorzugstarif für die Kolonien, der niedriger als der allgemeine Tarif wäre; 3. einen Vorbehalt, die Erzeugnisse derjenigen Länder, die sich weigern, britische Waren zu fairen Bedingungen aufzunehmen, höheren Zöllen als denen des allgemeinen Tarifs zu unterwerfen.

(Telegramme.)

* London, 14. Jan. Die Parlamentswahlen begannen heute mit der Wiederwahl von Chamberlain in West-Birmingham. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

Vom Balkan.

(Telegramme.)

Der Konflikt an der tunesisch-tripolitanischen Grenze.

* Paris, 14. Jan. Aus Konstantinopel wird dem „Echo de Paris“ gemeldet, das neue Ministerium habe bei seiner ersten außerordentlichen Beratung beschlossen, der französischen Vorkasse eine Note zu überreichen, in der die Anerkennung des Vertrages von Barde unabweislich abgelehnt und die Schuld an dem tunesisch-tripolitanischen Grenzzwischenfall den französischen Soldaten zugeschrieben wird.

* Paris, 14. Jan. Aus Tunis wird berichtet, daß die Entsendung von Truppen an die tripolitanische Grenze fort dauert. Spahis seien aus Sfax nach Dehibat abgegangen.

* Athen, 14. Jan. Seine Majestät der König ernannte, wie die Blätter melden, mehrere Obersten, darunter Zorbas und Konstantinowitsch zu Brigadiers.

Spanien und Marokko.

(Telegramme.)

* Madrid, 14. Jan. Infolge der Rundgebungen, die eine Gruppe von Offizieren vor dem Hause einer militärischen Zeitung wegen deren Kritik an den Auszeichnungen für die Teilnehmer an den Kämpfen in Marokko veranstaltete, erließ die Regierung folgende Maßregelungen: Der Generalkapitän von Madrid wurde seines Amtes enthoben; alle Korpskommandeure sind, soweit ihnen unterstellte Offiziere an den Rundgebungen teilgenommen haben, zur Disposition gestellt worden. Mehrere Offiziere, die die Demonstrationen anführten, wurden mit Festungshaft bestraft.

* Madrid, 14. Jan. Eine große Anzahl Generale hat den Kriegsminister zu den Maßregelungen von Offizieren, die sich an den Rundgebungen beteiligten, beglückwünscht. Gestern hatte der Minister eine längere Unterredung mit dem Ministerpräsidenten.

* Paris, 14. Jan. Aus Fez wird berichtet, Mulay Hafid, welcher über die Erfolge seines Bruders El Achebir in Taza sehr beunruhigt sei, lasse seine Brüder und Vettern in ihren Häusern streng überwachen, da er fürchtet, daß sie sich dem neuen Präsidenten anschließen.

Grossherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 14. Januar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing gestern nachmittag 6 Uhr den General der Infanterie von Fabel, kommandierenden General des 15. Armeekorps, bisher Kommandeur der 28. Division.

Heute vormittag hörte Seine königliche Hoheit die Vorträge des Legationsrats Dr. Seyb und des Geheimrats Dr. Nicolai. Hierauf meldeten sich Oberstabsarzt Dr. Pfeiffer, Regimentsarzt im 3. Lothringischen Feldartillerieregiment Nr. 69, bisher bei der Unteroffizierschule Ettlingen und Hauptmann Marcard beim Stabe des Telegraphenbataillons Nr. 4, bisher Vorstand der Verkehrsinspektion der Militärreisbahn. Danach empfing Seine königliche Hoheit der Großherzog den Kammerjunker Freiherrn Huber von Gleichenstein.

Nachmittags folgte der Vortrag des Ministers Freiherrn von Bodman.

** Die bisher nur für den Personen- und Gepäckverkehr eingerichtete Station Knielingen der Strecke Karlsruhe-Margau wird am 10. Januar 1910 für den Gesamtgüterverkehr eröffnet. — Die Station besitzt nur eine Seitenrampe.

* (Die Kaiserfeier der Bürgerschaft.) Das Programm für das am Dienstag den 25. d. M. im großen Saale der Festhalle geplante Festbankett ist fertiggestellt und wird demnächst veröffentlicht werden. Es bietet sich wieder eine Fülle des Unterhaltenden und wird der Bedeutung des Festes vollaus gerecht werden. Aus den verschiedenen Darbietungen seien besonders hervorgehoben die Vorträge des Solisten Herrn Konzertsängers Fritz Haas („Der Sänger“, Ballade des Harfners von R. Schumann, „Grimmweh“ von G. Wolf, „Prometheus“ und „Kriegers Abnung“ von Fr. Schubert, „Der Sieger“ von G. Raun), die Chöre der 165 Mann starken Sängerschaft der Festhalle, darunter die beim diesjährigen Stiftungsfeste des Vereins sehr beifällig aufgenommene „Rheinlage“ von Dhegraben (Preischor der Festhalle beim 3. Kaiserfest in Frankfurt a. M. im Mai 1909), „Der Jäger aus Kurpfalz“ von demselben Komponisten und Baumanns (des Chorleiters der Festhalle) preisgekröntes „Landsknechtslied“. Etwas Neues und Eigenartiges bringt die Nummer 5 des Programms: Einen Reigen, ausgeführt von 18 Knaben (Kinder von Mitgliedern des Vereins ehenaliger 11er) unter Leitung des Vereinsleiters, Herrn Karl Nitzinger. Die Jungen werden in schmucker Matrosenuniform und mit Fähnchen versehen, ein militärisches Exzerzierstück, das sie bei dem Stiftungsfeste des Vereins mit Bravour ausgeführt haben, zum Besten geben. Die Toaste haben, wie bereits mitgeteilt, die Herren Rechtsanwalt Trumb (auf den Kaiser), Kammerstenograph und Stadtoberordneter Frey (auf den Großherzog) und Reallehrer und Stadtoberordneter Fint (auf das Vaterland) freundlichst übernommen. Der orchestrale Teil des Programms wurde der Weibgardiakapelle unter Leitung des Herrn Kgl. Musikdirektors Wötge übertragen, so daß auch in dieser Richtung Gewähr für einen würdigen und genussreichen Abend gegeben ist. Der Saal erhält festlichen Schmuck. Die Bürgerschaft soll wieder durch eine öffentliche Aufforderung zu zahlreichen Besuche der patriotischen Veranstaltung eingeladen werden. Besondere Einladungen ergeben nicht. Eintrittsgeld wird nicht erhoben. Die obere Gallerie der Festhalle bleibt den Damen der zur Feier erscheinenden Vereine vorbehalten. Karten hierfür werden den beteiligten Vereinen durch den Festausschuß zugesandt. Die Vorsitzenden der Vereine werden eingeladen, an der Ehrentafel Platz zu nehmen. In den Saal haben nur Herren Zutritt (ohne Karten). Das Belegen von Plätzen ist nicht gestattet.

Z. (Großherzogliches Hoftheater.) In Bizets „Carmen“, die in kurzen Abständen mehrmals über die Bühne ging, gastierte gestern als José Herr Jacques Decker vom Hof- und Nationaltheater in Mannheim. Der Gast, der feige in der Höhe hübsch klingende, in der Tiefe aber nicht sehr voluminöse Stimme gut gebraucht sang die lyrischen Partien des ersten und zweiten Aktes nicht ohne Geschmack, konnte dagegen den dramatischen Stellen des dritten Aktes, bei denen sich auch eine genauere Einhaltung des Notentextes empfiehlt, weniger Nachdruck verleihen. Als Darsteller gab sich Herr Decker nicht ungewandt, wenn er die schwierige Rolle nach dieser Richtung auch nicht so vollkommen gestaltet, wie wir es von unserm hiesigen Vertreter gewöhnt sind. Verschiedene Szenen gelangen recht ausdrucksvoll, so daß sich der Gast für seine Leistung durch freundlichen Beifall belohnt sah. Mit Ausnahme des Escamillo, den Herr Büttner mit kräftigem, durchdringendem Organ sang, hatte sich an der wiederholt besprochenen Besetzung nichts geändert.

H. (Gewerbeverein Karlsruhe.) Eine größere Anzahl von Handwerksmeistern aus Stadt und Land wird sich am kommenden Sonntag, den 16. d. M., vormittags 10½ Uhr, in der Großh. Landesgewerbehalle dahier zusammenfinden, um einer Einladung des hiesigen Gewerbevereins als Vorort der gewerblichen Vereinigungen des Gaus Mittelbaden zufolge an einer Tagung teilzunehmen. Dieser Versammlung werden nicht nur Mitglieder der 22 hiesigen gewerblichen Vereinigungen antwohnen, sondern auch die Gewerbe- und Handwerkervereine des Gaus Mittelbaden werden an den Beratungen

teilnehmen. Die Vereine werden ferner der zurzeit noch bestehenden Sonderausstellung von Ldt. und Schweinefleischungen unter Führung von Beamten des Landesgewerbeamtes einen Besuch abstatten.

*** (Eben Scholander-Abend.)** Der bekannte Vortragsmeister Eben Scholander, der schwedische Barde mit der Rauten, hat sich entschlossen, am Freitag, den 28. Januar im Museumsaal wiederum einen Vortragsabend zu veranstalten. Lebensfreudigkeit geht vom Podium aus, wenn Eben Scholander charakterisiert und singt. Eintrittskarten sind in der Hofmusikalienhandlung von Hugo Kunz zu haben.

*** (Aus dem Polizeibericht.)** Am Sonntag, den 9. d. M., mittags, kam ein angeblicher Monteur Fischer in ein Gasthaus im Stadtteil Mühlburg und gab dem Wirt vor: er habe hier mit 3 weiteren Arbeitern, die im Laufe des nachmittags eintreffen, längere Zeit in Montagearbeiten zu tun und brauche während dieser Zeit 2 Zimmer mit 4 Betten. Nachdem der Inhaber mit dem Wirt über Zimmer und Preis einig war, entfernte er sich unter dem Vorhaben, er müsse noch in die Stadt um Werkzeug einzukaufen und bat, wenn das Werkzeug geschickt werde und noch etwas kosten sollte, den Betrag bis zu seiner Rückkunft gest. auslegen zu wollen. Nach etwa 2 Stunden kam ein Dienstmann mit einem kleinen, aber schweren sorgfältig in Papier eingepackten Koffer, das für den Monteur Fischer bestimmt war und wofür er 31 M. 60 Pf. erheben sollte. Da dem Wirt die Sache etwas verdächtig vorkam, nahm er das Paket in Empfang, legte aber den Betrag nicht aus. Als später weder der angebliche Monteur zurückkam, noch die 3 weiteren Mann eintrafen, öffnete der Wirt das Paket und fand statt Werkzeug Steine, die in feuchtes Waldgras verpackt waren. Der Dienstmann erhielt vor dem hiesigen Hauptbahnhof den Auftrag, das Paket zuzustellen und dem Auftraggeber den genannten Betrag in ein Gasthaus gegenüber dem Hauptbahnhof zu bringen, wo er ihn erwarten wolle. Als der Dienstmann ohne Paket und Geld zurückkam, gab ihm der Inhaber den Botenlohn und verabschiedete.

S. Mannheim, 13. Jan. Wie zu erwarten war, ist die Erklärung der positiven und liberalen Vereinigung anfänglich der Erneuerungswahl zum Kircheneinwanderer nicht unbeantwortet geblieben. In einer ebenso ausführlichen Gegenerklärung verteidigt die Volkskirchliche Vereinigung ihren Standpunkt. Es wird u. a. festgestellt, daß die Volkskirchliche Vereinigung nicht die Absicht hatte, die Wahl bis zum Januar hinauszuschieben, weil man schon drei Tage vor dem ersten Wahlgang wußte, daß die ausstehenden Mitglieder des Kircheneinwandererats mitwählen würden. Als unrichtig wird es auch bezeichnet, daß die Volkskirchliche Vereinigung durch ihren Wahlvorschlag, wenn er durchgegangen wäre, eine Mehrheit bekommen hätte. Die anderen beiden Vereinigungen wären dann 60 Mitglieder gewesen, während die Volkskirchliche Vereinigung es nur auf 49 Mitglieder gebracht hätte. Auch wäre durch den Wahlvorschlag der Volkskirchlichen Vereinigung eine qualitative Verschlechterung des Kircheneinwandererats nicht herbeigeführt worden. Die Erklärung schließt mit folgenden Worten: Nach alledem, vor allem auch nach ihrem Verhalten bei der Kircheneinwandererwahl, glaubt niemand den Liberalen und Positiven, daß es ihnen um den kirchlichen Frieden zu tun war. Sie wollen die Macht behalten, so lange es geht, und mit allen Mitteln verhindern, daß der sozialgesinnte Stadtvorstand Dr. Fincisen, der das Vertrauen in allen Kreisen der Arbeiterschaft genießt, in Mannheim zu einer Pfarrstelle kommt. Wir müssen christlich-protestantische Interessen hochhalten und dies an Dr. Fincisen wahr machen. Wie ein Mann werden wir nach wie vor hinter ihm stehen. Aus der Erklärung geht hervor, daß sich die Erbitterung gegen die anderen beiden Vereinigungen wegen ihrer Unnachgiebigkeit nicht unwesentlich gesteigert hat. Im Interesse des Friedens in der Gemeinde ist das sehr zu bedauern.

*** Pforzheim, 11. Jan.** Die Stadt Pforzheim wird nach einem Antrag des Stadtrats an den Bürgerausschuß demnächst eine 4 Prozentanleihe von 10 Millionen Mark aufzunehmen suchen. Deren Ertrag soll zur Deckung von Ausgaben für Kluforrektion Kanal-, Straßen- und Brückenbauten, Straßenpflasterungen, Rathausverweiterung, Leichenhalle und Krematorium, für Bau der elektrischen Straßenbahn, zur Erweiterung des Wasser- und Gaswerks und zur Deckung bereits bewilligter Ausgaben für verschiedene Zwecke dienen. Bei 26 2/3 1/2 % Schulden hatte die Stadt Ende 1908 ein Reinvermögen von 8 719 733 M. Der neue Anleihebetrag wird sich etwa wie folgt verteilen: Auf das Tiefbauamt 2 300 000 M., auf das Hochbauamt 1 800 000 M., darunter für Rathausverweiterung 600 000 M., für Gewerbeschulverweiterung 200 000 M. und für Leichenhalle und Krematorium 500 000 M., auf das Wasserwerk für dessen Erweiterung 300 000 M., auf das Elektrizitätswerk 1 880 000 M., auf das Gaswerk 420 000 M. und auf die Erweiterung von Liegenenschaften 200 000 M. Obwohl danach fast 13 Millionen erforderlich wären, glaubt der Stadtrat für die nächsten Jahre mit etwa 10 Millionen Mark auskommen zu können. Die Anleihe soll 4 Prozent sein und mit 1 Prozent plus ersparten Zinsen in 41 Jahren getilgt werden; die Ausgabe erfolgt in der Form von Schuldverschreibungen wie bisher. In Bezug auf die Tilgung soll gegen feister insofern eine Änderung stattfinden, als von der Tilgungsquote 1/2 Prozent mit 50 000 M. jährlich aus disponiblen Grundfondsmitteln entnommen werden soll.

*** Aus dem Markgräflerland, 12. Jan.** Der eigentliche Herd des letzten Erdbebens vom 30. auf den 31. Dezember v. J. ist hauptsächlich das Markgräflerland gewesen. Von den Ortsteilen des Wiesentales, Aigenbach, Zell, Hausen, Steinen, Schopfheim ausgehend, hat das Beben seinen Weg durch das zwischen Wiesental und Rheintal liegende Gebirge genommen, hauptsächlich durch den Hochblauen, Stockberg, Sirtitz und durch das Müntertal bis nach Staufen. Sowohl auf dem Blauen, 1170 Meter, als auch auf Sirtitz, 1000 Meter Meereshöhe, war die Erschütterung sehr gut wahrnehmbar und von denselben Eigenschaften, wie in den Orten der Tiefe und in den Tälern; namentlich äußerte sich das Erdbeben durch vorheriges Rollen, dem sodann mehrere kräftige Stöße, der oben beschriebenen Richtung entsprechend, von südost nach nordwest, folgten. Auf das Erdbeben ist bekanntlich sehr mildes Wetter eingetreten, das bis gestern angehalten hat. Gestern nachmittag hat sodann ein kräftiger Südwest-

sturm eingesezt, auf den sowohl im ganzen südwestlichen Schwarzwald, als auch auf den Vogesen ergiebige Schneefälle eingetreten sind.

*** Kleine Nachrichten aus Baden.** Dieser Tage erhielten Frau Kommerzienrat Lanz und Kommerzienrat Dr. Engelhorn in Mannheim Drohbriefe, durch welche sie aufgefordert wurden, 50,000 bzw. 20,000 M. bei dem Eilboteninstitut „Witz“ zu hinterlegen, widrigenfalls sie die längste Zeit gelebt hätten. Gestern abend erschien im Bureau des „Witz“ ein Junge, der das Geld abholen wollte. Die benachrichtigte Polizei verfolgte den Jungen bis in die Nähe der Medarstraße, wo der Auftraggeber den Jungen erwarten wollte, aber derselbe war nicht mehr da. Er wurde aber doch ermittelt und zwar in der Person des 17jährigen Kaufmannslehrlings Bornhäuser. Derselbe wurde verhaftet. Er legte sofort ein Geständnis ab. — Anlässlich der von der Badischen Landwirtschaftskammer vor Weihnachten in Mannheim, Karlsruhe und Pforzheim veranstalteten Sonntagsmärkte wurden für ca. 1700 M. Honig verkauft, die an badische Ämter, welche die Märkte besichtigt hatten, ausbezahlt wurden. — Der 66 Jahre alte Uhrmacher Johann Gaud aus Kappel wurde unweit des städtischen Schlachthofes in Achern tot aufgefunden. Er dürfte in der Dunkelheit ins Wasser geraten und ertrunken sein. — Die dem Umlagefuß zugrunde zu legenden Steuerwerte und Steueransätze der Stadtgemeinde Ettlingen betragen für das Jahr 1910 im ganzen 65,812,320 M. Für das Jahr 1909 betrug die Gesamtsumme der Steuerwerte und Steueransätze 66,592,100 M.; es ergibt sich somit im Jahr 1910 gegenüber 1909 eine Minderung von 779,780 M., was auf die ungünstige Geschäftslage der Jahre 1908 und 1909 zurückzuführen ist. — In Baden-Baden wird die elektrische Straßenbahn voraussichtlich am 24. Januar dem Betrieb übergeben. — Am 27. Januar sind 100 Jahre verflossen seit Mühlheim zur Stadt erhoben wurde.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

*** Berlin, 14. Jan.** Seine Majestät der Kaiser stattete heute dem russischen Botschafter aus Anlaß des russischen Neujahrsfestes einen längeren Besuch ab.

*** Dresden, 14. Jan.** In der gestrigen Sitzung der Ersten Kammer erwiderte Ministerpräsident Graf Bismarck v. Goltz auf verschiedene Anfragen aus dem Hause: Die Regierung lehne nach wie vor die Einführung von Schiffahrtsgesetzen ab. Dieser Standpunkt vertrat sie aber durchaus mit dem Wunsche, wie bisher die bündnisfreundlichen Beziehungen mit der preussischen Regierung in altbewährter Weise zu pflegen. Er glaube im übrigen, auch die preussische Regierung teile die Ansicht, daß Verfassungsänderungen, soweit ihnen grundlegende Rechte einzelner Bundesstaaten entgegenstehen, nicht ohne Zustimmung dieser Staaten beschloffen und jedenfalls nicht gegen ihren Willen zur Durchführung gelangen sollten.

*** Prag, 14. Jan.** Die Prager Blätter veröffentlichen eine Mitteilung, derzufolge versucht werden soll, eine kurze Session des böhmischen Landtages herzustellen. Der Oberlandmarschall und der Statthalter werden auf Grund von Informationen des Ministerpräsidenten die Verhandlungen mit den Ländtagsparteien anfangs der nächsten Woche eröffnen.

*** Budapest, 14. Jan.** Das Portefeuille des Justizministers im Kabinett Kahun Federvary übernahm der Kronanwalt Franz Szekely.

*** Paris, 14. Jan.** Die Kammer hat gestern das Budget des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten angenommen.

*** Paris, 13. Jan.** Zum Präsidenten des Senats wurde mit 230 von 259 abgegebenen Stimmen der bisherige Präsident Dubost wiedergewählt.

*** Paris, 14. Jan.** Die Direktion der Omnibus- und Mietwagen-Gesellschaft hat gestern infolge des unter ihren Hufschmieden ausgebrochenen Ausstandes den Polizeipräsidenten gebeten, ihr militärische Hufschmiede zur Verfügung zu stellen. Der Ausstand der 1500 Hufschmiede erfolgte wegen verweigerter Lohnhöhung und Verweigerung der Herabsetzung der Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden.

Verschiedenes.

Berlin, 14. Jan. Der Vorstand des „Vereins freier Jugendorganisation Berlin und Umgebung“, wurde seitens des Polizeipräsidenten benachrichtigt, daß die Auflösung der freien Jugendorganisation auf Grund des Reichsgesetzes erfolge, da der Verein ein politischer Verein sei mit dem aus seinen Statuten sich ergebenden Ziele, eine Organisation von Jugendlichen unter 18 Jahren zu sein.

Berlin, 13. Jan. In einer längeren, vom „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Auslassung über die Ergebnisse der von amtlicher Seite vorgenommenen Untersuchungen über die Verfütterung mit Gohn-gefärbter Futtermittel wird mitgeteilt, daß am 10. Januar im Reichsgericht eine Beratung stattfand, in der die Sachverständigen übereinstimmend der Ansicht waren, daß es nach wissenschaftlichen, zum Teil von ihnen selbst ausgeführten Untersuchungen als ausgeschlossen zu betrachten sei, daß Erkrankungen und Todesfälle, die bei einzelnen Tieren nach kurzweiliger Verfütterung von mit Gohn gefärbter Gerste aufgetreten seien, durch das in der Gerste enthaltene Gohn hervorgerufen seien.

Guxhaven, 13. Jan. Der deutsche Motorjäger „Arturos“ ging auf der Fahrt nach England auf hoher See unter. Niemand wurde gerettet. Der Kapitän hinterläßt Frau und 7 Kinder.

Paris, 14. Jan. (Tel.) Der Kriegsminister General Brun ließ dem konservativen Senator Piret de Launay, der eine Interpellation über die Einberufung der Truppen in die Armee des Mutterlandes angekündigt hat, mitteilen, daß er demnächst in der Kammer einen Gesetzentwurf betr. die Säuberung der Armee von den Spionen einbringen werde.

Antwerpen, 14. Jan. (Tel.) Die Hamburg-Amerika-Linie errichtete hier eine Zweigniederlassung.

Paris, 14. Jan. In Santa Lucia di Tallano auf Corsica erschoss ein gewisser Chiaverini in einem Wirtshaus seiner

Nachbar Lanfranco, mit dem er seit langen in Feindschaft lebte, und tötete dabei noch einen anderen Gast. Chiaverini flüchtete sich in die Berge. Wenige Stunden später wurde die Gattin Chiaverinis auf freiem Felde in einer Blutlache liegend aufgefunden. Man vermutet, daß ein Akt der Vendetta vorliegt.

London, 14. Jan. In diesen Tagen soll eine Radiumbank für England gegründet werden, der eine Quantität Radium im Werte von 1 Million Mark zur Verfügung steht. Dieselbe wird gegen entsprechende Sicherheiten und Zinsen Ärzten und Männern der Wissenschaft 10—100 Milligramm Radium ausleihen.

London, 14. Jan. Im Gegensatz zu seiner früheren Meldung berichtet der Lloyd aus San Francisco, daß der Dampfer „Sarina“ vollständig verloren und die Besatzung umgekommen ist.

Marshfield, 14. Jan. Bei dem Schiffbruch der „Sarina“ sind im ganzen 30 Personen ertrunken, ein Mann wurde gerettet. Gestern wurden von 6 Schiffbrüchigen, die sich im Tafelberg festgeklemmt hatten, 3 von schweren Sturzwellen fortgerissen. Die anderen 3 zogen ihre Kleider aus und sprangen ins Meer, kamen aber nicht wieder zum Vorschein.

London, 14. Jan. Das Gebäude der Luftfirma Evans wurde durch Feuer, das infolge Explosion einer Lampe unter den Waren im Schaufenster ausbrach, vollständig zerstört. Der Schaden wird auf 100,000 Pfund Sterling geschätzt. Da das Personal gerade den freien halben Tag hatte, war das Gebäude leer. Es kam daher niemand zu Schaden.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.
Samstag, 15. Jan. Abt. C. 29. Ab.-Vorst. „Die Journalisten“, Lustspiel in 5 Akten von Freitag. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.
Sonntag, 16. Jan. Abt. A. 29. Ab.-Vorst. „Die Rabensteinerin“, Schauspiel in 4 Akten von Wildenbruch. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Z.A.F.M.u.H. Schneebesobachtungen. In den letzten Tagen ist im ganzen Lande etwas Schnee gefallen, der aber in tieferen Lagen nicht liegen geblieben ist. Am Morgen des 13. Januar (Donnerstag) sind gemessen worden in Furtwangen 2, in Dürheim 1, in Stetten a. M. 1, in Seiligenberg 2, in Bollhaus 5, beim Feldberger-Hof 40 (darunter 20 cm. Neuschnee), in Titisee 6, in Bonndorf 9, in Höchenschwand 10, in St. Blasien 10, in Lobtauweg 12, in Heubronn 8, in St. Märgen 12, in Herrenwies 10, in Kallenbrunn 15, in Tiefenbrunn 1, in Strümpfelbrunn 5, in Elsenz 1 und in Dachsen 3 cm.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydr. vom 14. Januar 1910.

Der hohe Druck hat seit gestern eine schmale Zunge von Südwesten her in das Festland herein entsandt, doch hat es nur in der Schweiz wo auch Frost eingetreten ist, aufgeklart. Der größte Teil Mitteleuropas stand schon am Morgen mit trübem Wetter unter der Herrschaft einer neuen tiefen Depression, die bei Island erschienen ist; eine weitere befindet sich über Unteritalien. Die Depression wird sich voraussichtlich noch weiter geltend machen; es ist deshalb trübes und etwas wärmeres Wetter mit etwas Niederschlag, der in höheren Lagen in Form von Schnee fallen wird, zu erwarten.

Weiterenachrichten aus dem Süden vom 14. Januar, früh:

Lugano wolkenlos 3 Grad, Biarritz Regen 7 Grad, Nizza wolkenlos 2 Grad, Triest wolkenlos 4 Grad, Florenz wolkenlos 5 Grad, Rom bedeckt 7 Grad, Cagliari bedeckt 7 Grad, Brindisi Regen 11 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Januar	Barom. mm.	Therm. in C.	Windst. in mm.	Feuchtigkeit in Proc.	Wind.	Wetter.
13. Nachts 9 ^h U.	759.3	2.3	4.7	85	WSW	h. bedeckt
14. Morgs. 7 ^h U.	760.8	1.2	4.0	80	SW	bedeckt
14. Mittags. 2 ^h U.	759.4	4.4	3.8	90		

Höchste Temperatur am 13. Januar: 4.4; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 0.4.
Niederschlagsmenge, gemessen am 14. Januar, 7^h früh: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 14. Januar, früh: Schusterinsel 1.70, gefallen 5; Rehl 2.19 m, gestiegen 4 cm; Maxau 4.22 m, gestiegen 5 cm; Mannheim 3.52 m, gestiegen 14 cm.

Verantwortlicher Redakteur: (in Vertretung von Julius Kay) Adolf Kersting, Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Werde alt ohne zu altern! mittelst Dr. Hommel's Haematogen. **Warnung!** Man verlange ausdrücklich den Namen: „Dr. Hommel's“. Siehe das hochbedeutende Werk: „Das Altern“ von Dr. Lorand Kap. X, 3. Verkauf in allen Apotheken.

Husten
Katarre der Atmungsorgane, Heiserkeit
schwinden bei rechtzeitiger Anwendung von
SIROLIN „Roche“
Gegen Lungenleiden ärztlich empfohlen. Man verlange stets SIROLIN Originalpackung „Roche“ à Mk. 3.20. Broschüre T 1 gratis und franko durch
F. HOFFMANN-LA ROCHE & Co., GRENZACH (Baden).

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und Liebe anlässlich der Krankheit und des Heimanges unseres lieben Gatten und Vaters, Schwiegervaters und Großvaters

Karl Gustav Waßmer

Oberzahlmeister a. D.
des Gr. Bad. Gend. meriekorps

sagen wir unseren innigsten, tiefgefühlten Dank.

Karlsruhe, den 14. Januar 1910.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Anna Waßmer Witwe geb. Müller
Otto Waßmer, Großh. Revisor.

MUNZ'sches Konservatorium

Pädagogium, Orchesterschule und Musiklehrerseminar.



Der Unterricht erstreckt sich auf alle Gebiete der Musik vom ersten Anfang bis zur vollendeten Ausbildung und wird von 28 Lehrkräften erteilt.

Das monatliche Schulgeld beträgt für ein Hauptfach mit Theorie und den übrigen Nebenfächern:

Anfangsklassen	6 Mk.
Mittelklassen	8 Mk.
Oberklassen und Orgel	12 Mk.
Partienstudien und Deklamation	20 Mk.

Anfragen und Anmeldungen schriftlich oder mündlich bei der Direktion:
Theodor Munz, Waldstraße 79
Sprechstunden täglich, außer Sonntags, von 11-3 Uhr.

Darstellung ihrer bisherigen Tätigkeit und Angabe ihrer Gehaltsansprüche bis Ende Januar d. J. einreichen.

Ettlingen, den 3. Januar 1910.
Gemeinderat:
Dr. Hofner.

Bekanntmachung.

Die Stelle eines **Bürgermeisters** für die hiesige Stadt ist zu besetzen. Bewerber wollen ihre Gesuche mit Lebenslauf unter Darstellung ihrer bisherigen Tätigkeit und Angabe ihrer Gehaltsansprüche bis zum 26. Januar d. J. einreichen. Auch sind die Dienstzeugnisse vorzulegen.

Ettlingen, den 12. Januar 1910.
Der Gemeinderat:
J. B. Baptist.

Jagdverpachtung.

Großh. Forstamt Ertberg verpachtet am Dienstag den 26. Januar 1910, vormittags 11 Uhr, auf seinem Geschäftszimmer die Ausübung der Jagd im unmittelbar bei Ertberg gelegenen ararischen Hoflehen- und Präsengebiet auf den Gemarkungen Hofwald, Schönwald und Ertberg — 116 ha Wald, 22 ha landwirtschaftl. Gelände — auf vier Jahre. Auerwild ist Standwild. Die Bedingungen liegen beim Forstamt zur Einsicht auf.

E. 545.2.1

„Konzert-Verein Karlsruhe“

IV. Künstler - Konzert

Samstag, 15. Januar 1910, im Museumssaal

Das **CHAIGNEAU-TRIO** aus Paris.

Die Damen **Suzanne** (Violine), **Marguerite** (Violoncello), **Thérèse** (Klavier) **Chaigneau.**

Konzertfügel: C. Bechstein aus dem Magazin Ludwig Schweisgut.
Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr. Ende 10 Uhr.
Eintrittskarten für Nichtmitgl.: Saal Mk. 4, 3, 2.50, 2; Galerie 2.50 u. 1.50

in der Musikalienhandlung **Franz Tafel**
vormals Hans Schmidt, Ecke Kaiser- und Lammstraße, Telefon 1647, und an der Abendkasse.

Hochfeuerfeste Steine und Tone

Jeder Art, — vorzüglich — billigst.

Schamottewerke Fliesen - Grünstadt, Rhp.

Residenz-Theater

Kinematograph

30 Waldstraße 30

Programm.

Samstag, 15. bis inkl. Dienstag, 18. Januar 1910. Vorstellungen ununterbrochen von nachmittags 3 Uhr, an Sonntagen von 2 Uhr bis abends 11 Uhr.

Krönungsfeierlichkeiten König Albert I. König der Belgier am 23. Dezember 1909. E. 601

Die Nacht der Gewohnheit. Hum. Lachen des Schicksals. Drama. Komm herab o Madonna. Tonbild. Englisch. Uffensfabrikation. Interessant und lehrreich. Nähere Beschreibung im Programm.

Ich verheirate meine Kusine. Hum. Fauler Banber. Karikaturen. Ein Findling. Ergreifend. Drama. Piefke als Fuchshüter. Urgelungen.

Holz-Lieferung.

Die Großh. Abtebauinspektor Freiburg vergibt mit vierwöchiger Zuschlagsfrist die Lieferung von 98 cbm tannemem, 5,5 cbm forkenem und 20 cbm eigenem Kantholz, 1500 qm tannemem Füllhölzern 8 cm stark, 50 qm forkenem Schiffsböden 25 mm stark und 805 qm eigenem Schiffsböden 36 mm stark für die Schiffbrücken zu Neuenburg und Weisach Samstag den 29. Januar d. J., vormittags 9 Uhr auf ihrem Geschäftszimmer, Thurnstraße 16, in öffentlicher Verhandlung. Abgebend für die Verbindung ist die Verordnung Großh. Finanzministeriums vom 3. Januar 1907. Angebote, für Kantholz nach dem cbm, für Füllhölzer und Böden nach dem qm gestellt, sind unter Benützung der in Karlsruhe vorhandenen Vorbrude postfrei, verschlossen und mit der Aufschrift „Holzlieferung“ versehen, bis zu obigem Termin bei der Inspektion einzureichen. Die Lieferungsbedingungen liegen daselbst auf. Abschriften werden nicht abgegeben.

E. 606.2.1

APOLLO.

Dir.: Jos. Engels. Theater Marienstraße 16

Vom 16.—31. Januar 1910:

Attraktions-Programm

unter anderem

Gastspiel

von

Alfred Schneider's

Löwengruppe

mit 22 der schönsten Löwen.

Jeden abend 8 Uhr Vorstellung. Sonn- und Feiertags zwei Vorstellungen, nachmittags 4 Uhr Familienvorstellung zu ermäßigten Preisen.

Bürgerliche Rechtsstreite.

Bekanntmachung.

E. 620.2.1. Nr. 623. Waldkirch. Die Firma Gebrüder Klausmann in Waldkirch ladet den Händler Severin Piganotti, zuletzt in Waldkirch, jetzt an unbekanntem Orten abwesend, unter Bezugnahme auf die dem Beklagten bereits zugestellte Klage, zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht Waldkirch auf

Montag den 7. März 1910, vormittags 8 Uhr.

Waldkirch, den 8. Januar 1910.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Schneider.

E. 603. Nr. 626. Karlsruhe. **Grundstücks-Zwangversteigerung.**

Im Verfahren der Zwangsversteigerung soll das unten beschriebene, in Karlsruhe gelegene, im Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen der Elisabetha geb. Rieg, Witwe des Handelsmanns Heinrich Nagel in Karlsruhe, eingetragene Grundstück am

Freitag den 25. Februar 1910, vormittags 10 Uhr,

durch das Notariat — in den Diensträumen Adlerstraße 25, Hof, Seitenbau, in Karlsruhe — versteigert werden:

Grundbuch Karlsruhe, Band 223, Heft 3, Lgh.-Nr. 4583, 3 a 06 qm Hofreite, Hofstraße 15. Hierauf sieht: a) ein vierstöckiges Wohnhaus mit Schienenteller, b) ein vierstöckiges Wohnhaus mit Schienenteller, c) ein einstöckiger Seitenbau, Anschlag 43 000 Mark.

Der Versteigerungsvermerk ist am 10. Dezember 1909 in das Grundbuch eingetragen worden.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungsurkunde, ist jedermann gestattet.

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht zu ersehen waren, sind spätestens in der Versteigerungstagfahrt vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen. Andernfalls werden diese Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Verteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen. Andernfalls tritt für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des verfallenen Gegenstandes.

Karlsruhe, den 11. Januar 1910.
Großh. Notariat VIII als Vollstreckungsgericht.
Dr. Schwarzschild.

Grundstücks-Zwangversteigerung.

Im Verfahren der Zwangsversteigerung soll das unten beschriebene, in Karlsruhe gelegene, im Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des Hermanns Rude in Karlsruhe und seiner Ehefrau Marie geb. Walter eingetragene Grundstück am

Dienstag den 1. März 1910, vormittags 10 Uhr,

durch das Notariat — in den Diensträumen Adlerstraße 25, Hof, Seitenbau, in Karlsruhe — versteigert werden:

Grundbuch Karlsruhe, Band 305, Heft 19, Lgh.-Nr. 4014, 4 a 84 qm, Eisenlohrstraße 32, mit dreistöckigem Wohnhaus — Eshaus — Anschlag 102 000 M.

Der Versteigerungsvermerk ist am 21. Dezember 1909 in das Grundbuch eingetragen worden.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungsurkunde, ist jedermann gestattet.

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht zu ersehen waren, sind spätestens in der Versteigerungstagfahrt vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen. Andernfalls werden diese Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Verteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen. Andernfalls tritt für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des verfallenen Gegenstandes.

Karlsruhe, den 11. Januar 1910.
Großh. Notariat VIII als Vollstreckungsgericht.
Dr. Schwarzschild.

Ruhholz-Versteigerung.

Großh. Forstamt Konstanz versteigert am Freitag den 21. Januar, vormittags 9.45 Uhr, im Rathaus zu Allensbach aus den Domänenwaldungen bei Kalbrunn, Dettlingen und Hegne: 2 Eichen, 6 Eichen, 333 Fichten und 246 Forlen-Stämme und Abschnitte mit 696 fm. Die Forstware Schöff in Kalbrunn, Singler auf dem Burghof und Waldhüter Forstmeister in Dettlingen zeigen das Holz vor und fertigen Auszüge aus den Aufnahmestellen.

E. 607.2.1

Versteigerung von Fundstücken.

Die Fundstücke und unbefestigten Frachtgüter vom III. Vierteljahr 1909, darunter 1 Fernglas (Zeis), werden am Dienstag den 18. Januar l. J., vormittags 8 Uhr und nachmittags 2 Uhr beginnend, in unserem Versteigerungsraum (Eingang beim Ettlinger Bahnhofsübergang) gegen Verzahlung öffentlich versteigert.

E. 44.2

Die besonders genannten Gegenstände sowie die Schmuckstücke, Uhren usw. werden von 11 Uhr vormittags ab ausbezahlt.

Karlsruhe, den 4. Januar 1910.
Großh. Verwaltung der Eisenbahnmagazine.

Paterno-Blutorangen wie bekannt süße feinste Frucht, eingetroffen

90 Pfg., 1.20 Mk., 1.50 Mk. per Duzend

Blonde Orangen (süße)

25 Pfg., 35 Pfg., 45 Pfg. und 60 Pfg. per Duzend empfiehlt

Südfrüchten - Spezialhaus

J. Della Bona

en gros Erbprinzenstraße 28 en detail
Telephon 745 — Prompter Versand nach auswärts.

Vermischte Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Auf 1. April 1910 ist die Stelle eines **Stadtbaumeisters** in Ettlingen neu zu besetzen. Bisherige Gehaltsverhältnisse: Anfangsgehalt 2600 M., Höchstgehalt 3800 M.

Bewerber, die namentlich im Tiefbau erfahren sein müssen, wollen ihre Gesuche mit Lebenslauf unter

Niederländisch-südwestdeutscher Güterverkehr.

Am 1. Februar 1910 tritt ein Nachtrag II zu dem gemeinsamen Heft Teil II in Kraft, enthaltend Änderung der Bestimmungen über die Abfertigung nach Orten mit mehreren Bahnhöfen in Württemberg sowie Ergänzungen der Warenzeichnisse der Ausnahmetarife 11 und 13. Preis 5 Pfennig.

Karlsruhe, den 12. Januar 1910.
Großh. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.

Die bisher nur für den Personen- und Gepäckerverkehr eingerichtete Station Amelingen der Strecke Karlsruhe-Magau wird am 10. Januar 1910 für den Gesamtgüterverkehr eröffnet.

E. 638

Die Station besitzt nur eine Seitentrampe.

Karlsruhe, den 31. Dezember 1909.
Großh. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.